

**II- 3339 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode**

FERDINAND LACINA
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

1010 WIEN, DEN 12. September 1991
HIMMELPFORTGASSE 8
TELEFON (0222) 51 433

Z. 11 0502/297-Pr.2/91

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

1534/AB
1991 -09- 13
zu 1570/J

Parlament
1017 W i e n

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigeschlossene - schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Norbert Gugerbauer und Genossen vom 15. Juli 1991, Nr. 1570/J, betreffend die steuerlichen Anliegen der Handelsvertreter, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1), 2) und 3):

Wie ich bereits in der Beantwortung der Anfragen Nr. 718/J und Nr. 1266/J ausgeführt habe, sind Maßnahmen auf dem Gebiet der Mineralölsteuer nicht getrennt von den übrigen steuerlichen Maßnahmen, vor allem unter dem Aspekt der verstärkten Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse, zu sehen. Ob und in welcher Form es zu einer Gesetzesinitiative bei der Mineralölsteuer kommt, hängt von den weiteren Gesprächen ab und kann daher derzeit nicht abschließend beantwortet werden. Dies gilt auch für die Zulassungsabgabe, die als eine Alternative zur gegenwärtigen Besteuerung der Kraftfahrzeuge zur Diskussion steht.

Die weitere Vorgangsweise wird im Rahmen der laufenden Steuerreformgespräche abgeklärt werden.

Zu 4):

Eine Gesetzesinitiative zur Gewährung des Vorsteuerabzuges für die betrieblich genutzten Fahrzeuge der Handelsvertreter wäre infolge Verstoßes gegen das Gleichheitsgebot sachlich bedenklich und wird daher von mir nicht unterstützt.

Zu 5):

Die Repräsentanten der Handelsvertreter wurden von mir und meinen Mitarbeitern schon wiederholt zu Aussprachen über ihre steuerlichen Probleme empfangen. Wenn es die Situation erfordert, stehen ich und meine Mitarbeiter selbstverständlich auch in der Zukunft für derartige Aussprachen zur Verfügung.

Beilage**BEILAGE****A n f r a g e :**

- 1) Wann und in welcher Höhe soll die Mineralölsteuer erhöht werden?
- 2) Wann soll die geplante Zulassungsabgabe für Autos eingeführt werden?
- 3) Wie sollen dabei nach Ihren Vorstellungen die Interessen der Handelsvertreter gewahrt werden?
- 4) Sind Sie bereit, den freiheitlichen Initiativantrag zur Gewährung des Vorsteuerabzuges für die betrieblich genutzten Fahrzeuge der Handelsvertreter zu unterstützen?
- 5) Warum sind Sie nicht bereit, die Repräsentanten der Handelsvertreter zu einer Aussprache über ihre steuerlichen Probleme persönlich zu empfangen?